

IKK in Magdeburg

Umfassungsstraße 85

39124 Magdeburg

Telefon 0391/2806-2002

Telefax 0391/2806-2009

eMail pressestelle@
ikk-gesundplus.de

Ihr/e Gesprächspartner/in
Gunnar Mollenhauer

Datum
2011-05-05

Solide Finanzsituation bei IKK gesund plus - Zusatzbeitrag in 2012 kein Thema

Bremen. Die IKK gesund plus rechnet auch 2011 mit einem Überschuss der Einnahmen. Wie die beiden Vorsitzenden des Verwaltungsrates der IKK gesund plus, Hans-Jürgen Müller und Peter Wadenbach, in der heutigen Sitzung in Bremen mitteilten, sei „ein Zusatzbeitrag in 2012 daher kein Thema“.

Trotz der schlechteren Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung blicken die Vorsitzenden positiv in die Zukunft. „Die Kassen haben 2010 ein Defizit von 445 Millionen Euro insgesamt verbuchen müssen. Allerdings gelang es der IKK gesund plus, trotz Absenkung des Gesundheitsfonds im vergangenen Jahr, ein positives Rechnungsergebnis zu erzielen“, so Wadenbach, Vorsitzender auf Arbeitgeberseite.

Den Grund für die positive Wirtschaftslage sehen beide unter anderem in der stringenten Finanzpolitik und der schlanken Kostenstruktur. Laut Bundesministerium für Gesundheit sind die Verwaltungskosten der Krankenkassen im vergangenen Jahr deutlich um 6,2 Prozent gestiegen. Nicht so bei der IKK gesund plus. Laut Müller und Wadenbach „wurden die Verwaltungskosten abgesenkt und liegen sogar mittlerweile 31,75 Prozent unter dem Durchschnitt der Gesetzlichen Krankenversicherung.“

Mit Sorge betrachtet Hans-Jürgen Müller, Vorsitzender auf Arbeitnehmerseite, allerdings die Ausgaben für Krankenhäuser. „Im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsgebotes sind wir angehalten, die Beiträge unserer Versicherten optimal zu verwalten“, so Müller. Eine Überprüfung von Krankenhausrechnungen in Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK) ergab allerdings bei 41 Prozent eine fehlerhafte Abrechnung. Laut Müller „stellt dieses Ergebnis leider keine Besonderheit dar“. Pro Jahr entsteht der

Gesetzlichen Krankenversicherung nach Angaben des GKV Spitzenverbandes ein Schaden von 1,5 Milliarden Euro.

Müller bringt das Problem auf den Punkt: „Lassen wir eine auffällige Krankenhausrechnung durch den MDK prüfen und führt diese Prüfung nicht zu einer Minderung des Rechnungsbetrages, werden wir zur Zahlung einer Aufwandsentschädigung von 300 Euro gezwungen. Das ist einseitig. Wir fordern eine Vereinfachung des Abrechnungssystems und Anreize für ein korrektes Abrechnungsverhalten. Der Gesetzgeber sollte die Gleichbehandlung von Kassen und Krankenhäusern favorisieren. Wenn sich eine Rechnung als falsch erweist, wäre es nur konsequent, wenn auch die Krankenhäuser 300 Euro an die Kassen zahlen müssten.“

„Denn es kann nicht sein,“ so Müller, „dass wir Millionen für fehlerhaft abgerechnete Krankenhausleistungen ausgeben, die uns an anderer Stelle für eine optimale Versorgung der Versicherten fehlen.“